Haushaltsrede der Freien Wähler zum Kreishaushalt 2026

anlässlich der 2. Lesung am 7. November 2025

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Landrat Möller,

sehr geehrter Herr Kreiskämmerer Haas,

liebe Mitarbeitende der Kreisverwaltung,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

„Die finanzielle Lage der Kommunen ist desaströs und perspektivlos“ mit diesen drastischen Worten brachte der neue Präsident des Baden-Württembergischen Landkreistages Achim Brötel (Landrat im Neckar Odenwaldkreis) bei der diesjährigen Landkreisversammlung des Baden-Württembergischen Landkreistages am 22.09.2009 in Balingen auf den Punkt, wie schlecht und desolat es um die Kommunalfinanzen

bestellt ist. In welcher noch nie dagewesenen Finanzmisere die Kommunale Familie steckt, wird auch daran deutlich, was für Schlagzeilen auf der Titelseite der Lokalpresse derzeit zu lesen sind: „Bürgermeister warnen vor finanziellem Kollaps“; „ Kommunen sehen sich am Limit“, „Rekordminus bei den Kommunen von fast 25 Milliarden Euro etc.. Diese Schlagzeilen zeigen in dramatischer Weise in welche Schieflage die Kommunalfinanzen mittlerweile geraten sind. Eine Hauptursache dafür ist, dass die Kommunale Ebene rund ein Viertel der staatlichen Aufgaben zu erledigen hat, dafür aber nur 15% an Steuern und Zuweisungen bekommt. Diese nichtaufgabenangemessene Finanzausstattung führt zu einem finanziellen Ungleichgewicht, das die Kommunen auf Dauer nicht verkraften können. Deswegen hat der Landkreistag Baden-Württemberg einen Forderungskatalog mit 10 Kernerwartungen der Landkreise an die neue Baden-Württembergische Landesregierung und den Landtag erstellt. Im Kern geht es dabei um folgende Forderungen bzw. Erwartungen

1. Sozialstaat neu ausrichten und zukunftsfest aufstellen
2. Kommunen bei der Eingliederungs- und Jugendhilfe finanziell zu entlasten
3. schulische Inklusion konsequent umsetzen und kommunale Sonderlasten ausgleichen
4. auf eine auskömmliche Finanzierung des Krankenhausbetriebskosten hinwirken

5. Investitionsforderung der Krankenhäuser vollumfänglich garantieren
6. Aufgaben angemessene Finanzausstattung der Landkreise sicherstellen
7. Wer bestellt, der bezahlt Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung ertüchtigen
8. Rechtsanspruch auf Ganztagesforderung an Grundschulen flexibilisieren und auskömmlich finanzieren
9. Sonderpädagogische Beratungszentren (SBBZ) stärken
10. Deutschlandticket nachhaltig ausfinanzieren – ÖPNV Aufgabenträger absichern

Dieser Anforderungskatalog deckt das Pflichtenheft eines Landkreises vollumfänglich ab. Alle darin erhobenen Forderungen können wir Freien Wähler vollinhaltlich unterstützen und stehen hinter diesem Papier des Landkreistages. Doch unabhängig davon haben wir im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung unsere eigenen Hausaufgaben zu erledigen; Denn bekanntlich ist das Haushaltsrecht das Königsrecht des Kreistages, um kommunalpolitische Schwerpunkte zu setzen und eine zukunftsorientierte Kreispolitik zu gestalten. Doch angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen gibt es dafür meine Damen und Herren keinerlei Gestaltungsspielraum mehr.

Trotz dieser denkbar ungünstigen Ausgangslage haben Landrat Möller und Kreiskämmerer Haas dem Kreistag immerhin einen genehmigungsfähigen Haushalt vorgelegt (im Unterschied zum Göppinger Gemeinderat), der ein Sparkonzept mit einem Volumen von

15,7 Mio. € , das 88 zum Teil schmerzhaften Einsparvorschlägen beinhaltet, um ein erhebliches Defizit zu verhindern. Von den Städten und Gemeinden wird dieses Vorgehen überwiegend begrüßt. Denn der Hebesatz der Kreisumlage soll unverändert bei 36 v. H. bleiben, was dem Landkreis aufgrund gestiegener Steuerkraft im vergangenen Jahr Mehreinnahmen mit 16 Mio. bescheren und das Kreisumlageaufkommen auf beachtliche 176 Mio. € erhöhen wird. Fast alle Städte und Gemeinden im Landkreis zahlen demzufolge 2026 erheblich mehr in die Kreisschatulle.

Bei einem nüchternen Blick auf die Gesamtzahlen des Haushaltes der im Ergebnishaushalt Aufwendungen von fast 455 Mio. € vorsieht, wäre ohne die Budgetvorgaben der Kämmerei ein Defizit von 16,5 Mio. € die Folge. Die Kreisverwaltung hat sich zum Ziel gesetzt, die Kreisumlage trotz deutlicher Kostensteigerung in den Bereichen Personal wegenTariferhöhungen, Soziales und Gesundheit zu stabilisieren.

Wenn man bedenkt, dass man im vergangenen Jahr für 2026 noch von einem Hebesatz von 38,9% ausging, hätte das für die meisten Kreiskommunen zur finanziellen Handlungsunfähigkeit geführt. Dass die Kreisverwaltung eine Spar- bzw. Prioritätenliste im Haushalt 2026 bereits eingepreist hat, begrüßen wir Freien Wähler ausdrücklich.

Der legendäre Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart Manfred Rommel hat zum Thema Sparen einmal zutreffend festgestellt: „Sparen heißt, Geld das man hat, nicht auszugeben. Bei uns geht es

darum, das Geld, das wir nicht haben, nicht auszugeben. Das nennt man Realismus“.

Deswegen brauchen wir meine sehr verehrten Damen und Herren im Landkreis einen Konsolidierungskurs mit einer von Realismus, Vernunft und Augenmaß geprägten Sparpolitik. Bei den von Landrat Möller vorgelegten Haushaltsentwurf wird nach diesen Grundsätzen gehandelt.

Es werden gesetzliche Spielräume genutzt, Leistungen werden angepasst, aber nicht abgeschafft.

Ein Beispiel dafür sind die Beratungsangebote: Sie werden reduziert, aber nicht auf Null gefahren. Das ist unseres Erachtens eine verantwortungsbewusste Konsolidierungspolitik und kein sozialer Kahlschlag. Denn wie erwähnt ist die Kehrseite der Medaille, dass trotz gleichbleibendem Hebesatz alle Städte und Gemeinden aufgrund der gestiegenen Steuerkraftsumme rund 16 Mio. € mehr an den Landkreis abführen. Es ist ein gewaltiger und schmerzhafter Beitrag, den viele Kommunen nur unter allergrößten Anstrengungen bewältigen können. Genau deshalb müssen wir jeden Euro, den wir im Kreishaushalt ausgeben, doppelt umdrehen.

Denn für uns Freie Wähler kommt eine Erhöhung der Kreisumlage nicht in Frage. Das würde die Leistungsfähigkeit der meisten Städte und Gemeinden im Kreis gefährden und unabdingbare Einsparungen wären zwangsläufig die Folge und würden vor Ort hohe Wellen schlagen. Dann wären dort freiwillige Leistungen wie Büchereien, Schwimmbäder, Museen und andere Dinge auf dem Prüfstand. Kurzum

die Streichung von Freiwilligkeitsleistungen würde dann unzählige Bürgerinnen und Bürger im Landkreis treffen und damit weit mehr Menschen als es die aktuellen Proteste und Widerstände vermuten lassen.

Und genau deshalb wundert es uns sehr, dass man bei gewissen Dingen, die nicht zum originären Aufgabenspektrum des Landkreises gehören noch großzügig den Geldbeutel öffnet. Beispielhaft sei hier genannt, dass in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 26.9.2025 mehrheitlich beschlossen wurde, dass es auch künftig einen Sonderbus von ca. 35 – 40 Schülerinnen und Schüler geben soll, um die in der Göppinger Justus-von-Liebig-Schule im Gartenbau zu beschulen. Sie sind währenddessen in Bad Überkingen bei der Dehoga im Internat untergebracht, da es in Göppingen keine dafür geeigneten Unterkünfte mehr gibt.

Das tut aber doppelt weh:

1. Weil die allermeisten dieser angehenden Gärtner gar nicht aus unserem Landkreis stammen und
2. Weil diese Zusage auf 10 Jahre festgeschrieben ,also eine langfristige Verpflichtung eingegangen wurde, bevor überhaupt klar war, wie sich die künftige Haushaltslage entwickeln wird.

Unser Vorschlag eine Entscheidung darüber bis Mitte 2026 zurück zu stellen, weil überhaupt kein Zeitdruck bestand, denn die bestehende Kooperationsvereinbarung endet erst am 31.12.2027, fand bei den übrigen Fraktionen überhaupt kein Gehör. So gab es meine Damen und Herren drei Gegenstimmen gegen diesen Beschluss und die kamen

allesamt von der Fraktion der Freien Wähler. Die Presse hat im Nachgang darüber berichtet, aber offenbar vergessen zu erwähnen, wer die drei standhaften Kreisräte waren, die angesichts der finanziellen Situation dem Landkreis jährlich 85.000 Euro bzw. auf 10 Jahre 850.000 Euro hochgerechnet an Ausgaben ersparen wollten.

Wir hätten uns auch bei diesem Thema mehr Realitätssinn gewünscht und vielleicht auch ein bisschen mehr Mut.

Während wir hier im Hohenstaufen-Saal als ehrenamtliche tätige Kreisräte über den richtigen Weg eines unabdingbaren Konsolidierungskurses beraten, damit die Handlungsfähigkeit des Landekreises auch in Zukunft gewährleistet werden kann, demonstrieren vor dem Landratsamt zahlreiche Menschen und etliche Sozialorganisationen gegen diese „herzlose“ Sparpolitik, was ihr gutes Recht ist.

Der Kreisjugendring hat eine Onlinepetition gestartet mit markigen Worten: Die Kürzungen treffen die Menschen vor Ort, gefährden die soziale Stabilität, Prävention sei die beste Sparmaßnahme.

Das klingt zunächst gut, aber greift zu kurz.

Denn die Wahrheit ist die Kürzungen treffen die Verwaltung genauso wie die örtlichen Träger vor Ort. Wir machen keinen sozialen Kahlschlag im Sozial- und Jugendbereich und zerstören damit unwiederbringlich bestehende Strukturen, sondern wir richten die darüberliegenden strukturelle Ebene neu aus.

Ja, meine Damen und Herren Prävention ist wichtig, aber sie ist kein Selbstläufer und schon gar nicht messbar. Wenn Prävention wirklich immer die Lösung wäre, dann müsste die Frage erlaubt sein, **warum liegt der Landkreis Göppingen bei der Zahl der Drogentoten in Baden-Württemberg auf Platz 3.** Müssten wir angesichts der vorliegenden Beratungszahlen nicht längst an der Spitze der Erfolgsstatistik stehen.

Ein paar Dinge möchten wir noch klarstellen.

Beispiel Schulsozialarbeit: Nach unserem Verständnis soll nach den Sparplänen der Verwaltung nur die anteilige Förderung durch den Kreis künftig wegfallen. Nicht die Schulsozialarbeit an sich.

Es entscheiden also die Städte und Gemeinden in eigener Verantwortung darüber, ob und wie sie die Schulsozialarbeit vor Ort fortsetzen wollen. Wir sind davon überzeugt, dass die meisten Schulträger dies auch künftig tun werden. Denn der Landkreiszuschuss deckt gerade mal noch 15-20% der Personalkosten einer Schulsozialarbeitsstelle ab.

Zum Thema Familientreff möchte ich auf folgendes hinweisen: Nach unserem Eindruck wird in der öffentlichen Diskussion viel aufgebauscht. Vorgestern las ich in der Zeitung den Satz: „Alle Welt trifft sich im Familientreff“. Die Wahrheit ist: Wir haben im Landkreis Göppingen in guten Zeiten schlicht zu viele Familientreffs eingerichtet. Deswegen müssen wir in schlechten Zeiten Strukturen hinterfragen und diese neu und anders organisieren. Ein Blick in verschiedene Kreisgemeinden zeigt, dass dort Familientreffs auch auf ehrenamtlicher

Basis betrieben werden, ohne Zuschuss des Landkreises. Krabbelgruppen, Spielgruppen und Vereine bieten wohnortnah Alternativen an, die funktionieren und erheblich weniger kosten da sie ehrenamtlich organisiert werden. Deshalb können wir den Vorschlag der Verwaltung die Bezuschussung einzustellen mittragen. Emotionale Aufgeregtheit hilft hier bei niemandem weiter - Pragmatismus und Augenmaß aber schon.

Lassen Sie mich noch einen Blick in die Konsolidierungsliste der sogenannten 88er-Maßnahmen werfen. Die Einsparmaßnahmen im Bereich Soziales und Jugendliche umfassen insgesamt rund 3,6 Mio. € etwa knapp ein Viertel des gesamten Sparpakets. Bei der Schulsozialarbeit Haushaltsansatz von 780.000 Euro sowie bei dem Zuschuss an den Evangelischen Kirchenbezirk für die Suchtberatungsstelle mit rund 530.00 Euro sehen wir Freien Wähler nach fraktionsinterner und fraktionsübergreifender Vorberatung noch weiteren Diskussionsbedarf, um zu einem sozial ausgewogenen und für alle Beteiligten akzeptablen und tragfähigen Kompromiss zu kommen.

Angesichts der hohen Fallzahlen in der Drogen- und Suchtberatung würde eine komplette Streichung des Zuschusses zu erheblichen sozialen und gesellschaftlichen Folgeschäden führen. Deswegen müssen wir uns über Finanzierungsalternativen Gedanken machen.

Erhebliche Einsparungen werden dem Alb-Fils-Klinikum abverlangt: Es wird auf eine Fehlbetragsabdeckung mit rund 1,2 Millionen im Vorgriff auf eine künftige Effizienzrendite verzichtet. Eine Soforthilfe mit 1,5 Mio. € ist eingestellt. Außerdem schlagen neun diverse

Einzelmaßnahmen mit einem Einsparvorlumen von rund 2 Mio. € zu Buche. Dies bedeutet, dass das Alb-Fils-Klinikum mit 4,7 Mio. € fast 30% der Summe der Streichliste zu schultern hat. Die gestrige Mitteilung von LR Möller, dass das sich Defizit der Klinik entgegen der Prognose in diesem Jahr und in 2026 um bis zu 7 Mio. € verschlechtern wir, ist eine klares Warnsignal, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht.

In vielen Leserbriefen und Beiträgen in den sozialen Medien wird oftmals der Eindruck erweckt, als ob die 15,7 Mio. € komplett im Sozial- und Jugendhilfebereich gestrichen werden sollen. Das ist defacto nicht der Fall. Im Übrigen hat Kreiskämmerer Haas bei der Haushaltseinbringung darauf hingewiesen, dass der Landkreis trotz dieser Streichliste immerhin rund 34 Millionen Euro für freiwillige Leistungen ausgibt.

Anhand der Vorgabe des Landrates haben wir uns in der Fraktion und auch im Gespräch mit anderen Fraktionen intensiv Gedanken darüber gemacht, wie sozial unerlässliche Leistungen gegenfinanziert werden können, ohne die Kreisumlage zu erhöhen.

Deswegen begrüßen wir Freien Wähler den Antrag der CDU-Fraktion auf Einrichtung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe, in der wir gerne aktiv mitarbeiten wollen. Wir schlagen vor, dass auch Vertreter der Liga sowie der Sozialverbände dazu eingeladen werden, um sich konstruktiv in diesen notwendigen Konsolidierungsprozess einzubringen. Denn angesichts der finanziellen Nöte gilt es für alle Beteiligten Prioritäten zu setzen. Es geht nicht, sich nicht „ins

Schneckenhaus“ zurückzuziehen und der Auseinandersetzung mit der Realität zu verweigern.

Vielleicht sollten wir bei der ganzen Diskussion zu Einsparungen im Sozial- und Jugendbereich ehrlicherweise auch einmal den Aspekt bedenken, dass **manche Ausgaben in der Prävention schlicht keinen sozialen Return of Invest haben.**

Es ist niemandem gedient, immer nur nach „mehr Geld zur rufen“ ohne zu sagen, woher es kommen soll.

Der Kreisjugendring als Dachorganisation für die Interessen der Jugendlichen im Landkreis hat bislang keine konkreten Sparvorschläge gemacht. Stattdessen sind dort offenbar noch ausreichend Personalkapazitäten vorhanden, um eine Onlinepetition zu initiieren und auch die heutige Demonstration zu organisieren - was wie gesagt deren gutes Recht ist.

Uns allen muss aber klar sein, wenn der Landkreis jetzt nicht Gegensteuerungsmaßnahmen ergreift, dann wird die Kreisumlage weiterhin unaufhörlich ansteigen und dann wären viele Städte und Gemeinde gezwungen, den Rotstift dort anzusetzen, wo es wirklich weh tut. Bei konkreten Projekten, bei den Vereinen, Jugendhäusern und vielem mehr, das heute noch finanzierbar ist, aber morgen nicht mehr.

Das wäre dann das Gegenteil von dem, was die Petition vorgibt, schützen zu wollen. Oder um es noch deutlicher zu sagen:

Wer immer nur lauthals Löwenherz statt Sparpolitik ruft, sollte auch sagen, wie man den hungrigen Löwen füttert und vor allem womit.

Eine solide, realistische und vernünftige Sparpolitik mit Augenmaß ist daher keine herzlose Politik, sondern sie zeigt Rückgrat und Verantwortung für den Landkreis, für die Bürgerinnen und Bürger und vor allem für künftigen Generationen.

Denn meine Damen und Herren ein Haushalt ist in der heutigen Zeit kein Wunschkonzert mehr, sondern ein Realitätscheck. Und die Wirklichkeit ist, wir können uns vieles, von dem was wünschenswert ist wäre, schlicht und ergreifend nicht mehr leisten. Wer dauerhaft über seine Verhältnisse lebt, der wird irgendwann pleitegehen.

Deshalb setzen wir Freien Wähler auf Vernunft statt Vision auf Handwerk statt Hochglanz und auf das, was wir wirklich brauchen und uns tatsächlich noch leisten können. Nicht jeder Antrag macht den Landkreis automatisch besser, aber jeder wohlbedachte Verzicht stärkt seine Zukunftsfähigkeit. Denn unser gemeinsames Bestreben dient dem Schlüsselziel geordneter und tragfähiger Kreisfinanzen.

Wir danken an dieser Stelle der Kämmerei für ihre solide Arbeit zur Aufstellung des Haushaltes unter enorm schwierigen Bedingungen aber auch der gesamten Verwaltung für ihren Einsatz mit bereits erarbeiteten Einsparvorschlägen und allen Kolleginnen und Kollegen des Kreistages für dies sachliche und konstruktive Diskussion bei den diesjährigen Etatberatungen.

Folgende Anträge stellen die Freien Wähler:

A1 – Prüfung eines KU-Vermerks bei der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten

Wir beantragen, zu prüfen, ob bei der Stell der Gleichstellungsbeauftragten ein **KU-Vermerk** (Kostenerstattungs- und Umlagevermerk) angebracht werden kann und ob der Stellenumfang auf 50 reduziert werden kann. Gleichstellung ist wichtig – keine Frage - , aber sie darf kein Selbstzweck sein. Wenn Aufgaben und Wirkung in einem angemessenen Verhältnis stehen sollen, ist Transparenz über Kosten und Nutzen zwingen notwendig. Nachbarlandkreise die erheblich größer sind haben keine 100% Stelle für diese Aufgabe andere Nachbarlandkreise z.B. der Alb Donaukreis haben gar keine Gleichstellungsbeauftragten.

A2 – Austritt aus dem Geopark Schwäbische Alb

Ein touristischer Nutzen für den Landkreis ist aus dieser Mitgliedschaft für uns nicht erkennbar; die jährlichen Kosten mit 25.000 Euro entgegen sind real. Wenn wir jetzt überall den Rotstift ansetzen müssen, dann bitte dort, wo Ausgaben nicht zwingend erforderlich sind. Wir schlagen stattdessen vor, die aus dem Austritt eingesparten Mittel der Erlebnisregion Schwäbischer Albtrauf dauerhaften Finanzierung der Geschäftsstelle und der dortigen touristischen Arbeit zur Verfügung zu stellen.

A3 – Kostenentwicklung bei Komm.ONE

Die Gebühren bei Komm.ONE steigen von Jahr zu Jahr. Wir beantragen deshalb einen **Bericht über die Kostenentwicklung** und die **Prüfung von Einsparpotenzialen**, etwa durch **Direktvergaben an Softwarehersteller oder IT-Dienstleister**.

Digitalisierung darf kein Selbstbedienungsladen sein, sondern muss wirtschaftlich und effektiv organisiert werden.

A4 – Kostensenkung bei Postdienstleistungen

Ein oft übersehener Posten im Haushalt sind die **Post- und Versandkosten.** Wir beantragen einen **Bericht, ob die Kosten durch Ausschreibungen, Digitalisierung oder Bündelung reduziert werden können.**
Vielleicht ist das altmodische Kuvert ja das nächste große Einsparpotenzial – zumindest größer als man denkt.

A5 – Bußgelder im Baugenehmigungsverfahren

Ordnung braucht Konsequenz. Wir beantragen daher, zu prüfen, **ob die Bußgelder im Bereich des Baugenehmigungsverfahrens angehoben** und **konsequenter durchgesetzt** werden können.
Ein rechtskonformer Bau ist kein Wunschkonzert – wer gegen Regeln verstößt, muss auch mit spürbaren Konsequenzen rechnen. Das stärkt nicht nur die Rechtsstaatlichkeit, sondern auch den Kreishaushalt.

A6 – Bericht zu den Kosten der Klimakommunikation

Wir beantragen einen **Bericht über die Kosten der Klimakommunikation** im Landkreis.
Wie viel Personal, wie viele Kampagnen, wie viele Mittel fließen tatsächlich in Kommunikation – und wie viel davon in konkrete Maßnahmen?
Wir Freien Wähler sind überzeugt: Klimaschutz braucht Taten, keine Werbemails.

Es entspricht nicht unserem Anspruch von Sparsamkeit, wenn einerseits im sozialen Bereich gestrichen wird, andererseits aber 550.000 Euro für Klimaschutzprojekte und 31.250 Euro für eine

„klimaneutrale Verwaltung“ eingestellt bleiben – dazu kommen „Eh-da-Kosten“ für Druck, Räume und Personal.

Wir Freie Wähler sehen hier enormes Einsparpotenzial und finden es enttäuschend, dass die Verwaltung an dieser Stelle keine Kürzungsvorschläge gemacht hat.

A7 – Interkommunale Integrierte Leitstelle (ILS)

Wir beantragen einen **Bericht darüber, ob sich Kosten reduzieren ließen**, wenn der Landkreis gemeinsam mit Nachbarkreisen eine **interkommunale Integrierte Leitstelle** betreiben würde.
Die Zusammenarbeit über Kreisgrenzen hinweg ist kein Zeichen von Schwäche, sondern von kluger Haushaltsführung.

A8 – Wirtschaftsförderung im Landkreis Göppingen (WiF-Antrag)

Die Wirtschaft im Kreis Göppingen verharrt im Tief – die Stimmung verschlechtert sich zusehends.

So lautete bereits vor einem Jahr die Einschätzung der IHK-Bezirkskammer Göppingen. Leider hat sich seither nichts, aber auch gar nichts an dieser Situation geändert.

Wir Freien Wähler fragen uns seit Langem, woran das liegt – und vor allem: Was wird eigentlich konkret unternommen, um diesen Trend zu stoppen?

Die Wirtschafts- und Innovationsförderungsgesellschaft (WiF) soll die Unternehmen im Landkreis fördern und beraten. Doch wie werden diese Aufgaben tatsächlich definiert und umgesetzt? Unternehmerzirkel, Innovationspreise und Austauschgespräche mit den Städten und Gemeinden klingen gut – aber wo sind die greifbaren Ergebnisse, die unseren Wirtschaftsstandort nachhaltig gestärkt haben?

Wir haben uns bewusst für die Wiederbesetzung der wichtigen Stelle der Kreiswirtschaftsförderin ausgesprochen. Hier ist spürbar neuer Schwung und strategische Steuerung vorhanden. Genau deshalb ist es aus unserer Sicht an der Zeit, Doppelstrukturen abzuschaffen und die Wirtschaftsförderung im Landkreis klar zu ordnen.

Wir beantragen daher, die Steinbeis-WiF-Vereinbarung mit Ablauf des 30.11.2026 nicht zu verlängern und die strategischen Aufgaben dauerhaft bei der Kreiswirtschaftsförderung im Landratsamt zu bündeln.

Ein Ende dieser Kooperation würde nicht nur dem Landkreis, sondern auch den Städten und Gemeinden dauerhaft erhebliche Einsparpotenziale eröffnen – und zugleich die wirtschaftspolitischen Aktivitäten klarer, effizienter und zielgerichteter machen.